

**Antrag der Fraktion der CDU****Fachkräftemangel in der Kindertagesbetreuung aktiv begegnen –  
Entlohnung und Wertschätzung von Beginn an!**

Seit Jahren herrscht im Land Bremen ein stetiger Mangel an Plätzen in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung. So gelang es dem Senat trotz eines Ausbaus zu keinem Zeitpunkt den Rechtsansprüchen der Bremer Kinder ab Vollendung des 1. Lebensjahres gerecht zu werden. Die Arbeitnehmerkammer hat jüngst im Juli in ihrem KammerKompakt (Nummer 5, 2023 [https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user\\_upload/Downloads/Kammer\\_kompakt/KammerKompakt\\_Vereinbarkeit\\_Web.pdf](https://www.arbeitnehmerkammer.de/fileadmin/user_upload/Downloads/Kammer_kompakt/KammerKompakt_Vereinbarkeit_Web.pdf)) zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf festgestellt, dass in Bremen mit 21,0 Prozent die bundesweit höchste Differenz zwischen Betreuungsangebot und Nachfrage für Kinder unter drei Jahren herrscht. Im Elementarbereich der über Dreijährigen stellen sich diese Zahlen etwas differenzierter dar: Während die Stadtgemeinde Bremen hier seit Jahren keine großen Erfolge vorweisen kann und weiterhin unter der 90,0 Prozent Grenze verbleibt, kann Bremerhaven hier punkten und 95,7 Prozent aller Kinder in dieser Alterskohorte einen Platz anbieten.

Während Bremerhaven also genügend Plätze entsprechend der Nachfrage zur Verfügung stellen kann, stehen wie schon seit Jahren in der Stadtgemeinde Bremen bereits zu Beginn des Kindergartenjahres weit über 1 000 Kinder und ihre Familien ohne Betreuungsplatz dar.

Hinzu kommt, dass die Senatorin für Kinder- und Bildung in ihrer Pressekonferenz zur Anmeldesituation am Beginn des Kindergartenjahres 2023/2024 mitteilen musste, dass trotz eines Ausbaus von 1 448 Plätzen im letzten Kitajahr, die Anzahl der versorgten Kinder mit einem abgeschlossenen Kitavertrag mit 23 300 auf Vorjahressniveau stagniert. Der Platzausbau des Bremer Senats hat zwar die baulich hergerichteten Kapazitäten in der Stadt Bremen auf insgesamt 25 371 betriebsbereite Kitaplätze erhöhen können, weiterhin aber nur dafür gesorgt, dass es zum Abschluss von 23 300 entsprechenden Betreuungsverträgen kam. Mithin bleiben derzeit 2 071 fertige Plätze unbesetzt, von denen seit Februar diesen Jahres 600 aufgrund des Fachkräftemangels nach Aussage der zuständigen Senatorin nicht betrieben werden können, was umgerechnet

etwa 39 Gruppen entspricht. Die Antwort auf die Frage, aus welchen Gründen die als betriebsbereit deklarierten weiteren 1 457 Plätze nicht mit den 1 330 derzeit unversorgten Kindern belegt werden können, bleibt die Behörde indes bisher schuldig. Damit steht aber fest: Das größte Hemmnis für die Bereitstellung von Plätzen in der Kindertagesbetreuung besteht im Fachkräftemangel.

Bisher fehlt ein strukturiertes kurz- und mittelfristiges aufeinander abgestimmtes Konzept, wie tatsächlich bis 2030 genügend Fachkräfte gewonnen werden können. Nicht erst seitdem medienwirksam inszenierten sogenannten Kitagipfel, der noch rechtzeitig vor der letzten Bürgerschaftswahl im Februar einberufen wurde, ist klar, dass der Weg in das Berufsfeld der pädagogischen Fachkraft innerhalb der Kindertagesbetreuung verbreitert und dabei unbedingt attraktiver gestaltet werden muss. Welche maßgeblichen Schritte hierfür zu unternehmen sind, wurde in der Bürgerschaft (Landtag) letztmalig am 27. April 2023 auf Antrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion diskutiert (Drucksache 20/1821).

Wenngleich der besagte Antrag damals reflexhaft durch die Koalitionsmehrheit abgelehnt wurde, so ist der ausgehende erste Impuls doch unverkennbar: Zum jüngst gestarteten Ausbildungsjahr 2023/2024 wurde übernommen, dass nunmehr sämtliche Teilnehmende der Bildungsgänge zur sozialpädagogischen Assistentin/zum sozialpädagogischen Assistenten (SPA) sowie zur Kinderpflegerin/zum Kinderpfleger an öffentlichen Fachschulen im Land Bremen gleichberechtigt antragsbefugt für die bereits etablierten jährlichen Pauschalleistungen sind („Digitalisierungs“- sowie „Mobilitäts“-Pauschale).

Der entscheidende Aspekt hin zu mehr Attraktivität von Anfang an wurde aber bis dato vom Bremer Senat noch nicht umgesetzt: Es braucht eine Vergütung von Anfang an, gerade auch in den sozialpädagogischen Erstausbildungen, welche in Bremen nach wie vor die maßgeblichen Hauptzugangswege in die Weiterbildung zur Erzieherin beziehungsweise zum Erzieher darstellen. Nur so lassen sich in Zukunft genügend Interessierte für den Einstieg in das skizzierte pädagogische Berufsfeld und die Arbeit mit den Kleinsten in unserer Gesellschaft gewinnen. Auf dem Weg dorthin bedarf es eines Zeichens der gesellschaftlichen Wertschätzung, durch welches diese enorm wichtige Tätigkeit eine spürbare Aufwertung erfahren wird.

Eine kontinuierliche finanzielle Förderung für Teilnehmende der Bildungsgänge zur sozialpädagogischen Assistentin/zum sozialpädagogischen Assistenten (SPA) sowie zur Kinderpflegerin/zum Kinderpfleger, und zwar ab dem ersten Jahr, erscheint auf diesem Weg der maßgebliche Schritt. Angesichts des unverändert großen Kita-Platzbedarfs und dem hierfür ursächlichen Fachkräftemangels, ist es aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion daher dringend geboten, diese Maßnahme nun schnellstmöglich auf den Weg zu bringen, damit nach Möglichkeit schon

mit dem Start in das kommende Ausbildungsjahr 2024/2025 die Bezahlung am Start der Karriere in einen pädagogischen Fachberuf innerhalb der Kindertagesbetreuung im Land Bremen eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. schnellstmöglich ein Finanzierungskonzept zu entwickeln, welches nach Möglichkeit bereits ab dem Start ins Ausbildungsjahr 2024/2025 sicherstellt, dass Teilnehmende der Bildungsgänge zur sozialpädagogischen Assistentin/zum sozialpädagogischen Assistenten (SPA) sowie zur Kinderpflegerin/zum Kinderpfleger (in den ersten beide vollschulischen Jahren) im Land Bremen regelhaft eine monatliche finanzielle Förderung erhalten;
2. der Deputation für Kinder und Bildung sowie dem Jugendhilfeausschuss über den Fortgang dieses Vorhabens vierteljährlich zu berichten.

Sandra Ahrens, Frank Imhoff und Fraktion der CDU